

Die große Gefahr durch gefälschte Medikamente

Studie: Immer mehr Verbraucher bestellen im Internet illegal rezeptpflichtige Arzneimittel. Forscher warnen

Vor wenigen Wochen erschütterte Großbritannien der Fall des Studenten Alex Harpum. Der 23-Jährige wurde tot in seiner Wohnung aufgefunden, nachdem er sich offenbar im Internet das eigentlich verschreibungspflichtige Medikament Xanax bestellt hatte. Die Tabletten werden bei Angst- und Panikstörungen eingesetzt, Harpum wollte damit wohl seine Schlafprobleme lindern, vermutete seine Mutter im Gespräch mit dem britischen Sender BBC.

VON KAJA KLAPSA

Doch das Medikament, das Harpum einnahm, war gefälscht – und verunreinigt mit einem neuen synthetischen Opioid, genannt Nitazen. Dieses wirkt 500 Mal so stark wie Morphium und gilt als noch gefährlicher als die Droge Fentanyl, die in den vergangenen Jahren zur Verelendung US-amerikanischer Großstädte beigetragen hat. Der Fall Harpum steht beispielhaft für einen Trend, der in Europa zunehmend um sich greift. Immer häufiger konsumieren Menschen starke, meist schmerzlindernde Medikamente – und immer häufiger bestellen sie diese ohne ärztliche Begleitung illegal im Internet. Der boomende kriminelle Markt kann fatale Folgen haben, wird er nicht rechtzeitig von den Behörden ins Visier genommen wird. Das ist das Ergebnis eines Berichts der Globalen Initiative gegen transnationale organisierte Verbrechen in Genf, der WELT vorab vorliegt. Die Initiative gehört zu den führenden zivilgesellschaftlichen Organisationen der Verbrechensbekämpfung in Europa.

Ein Team aus Wissenschaftlern hat in elf europäischen Städten den Drogenmarkt und die Vertriebskanäle in den sozialen Medien aufwendig im Rahmen des Europäischen Drogen-Monitoringprogramms der Globalen Initiative untersucht. „Wir sind sehr erstaunt darüber, dass Bürger in großem Umfang ohne jegliche Kontrolle verschreibungspflichtige Medikamente wie Benzodiazepine oder opioidhaltige Schmerzmittel frei verfügbar auf Kanälen wie Telegram kaufen können“, sagt Daniel Brombacher, Europa-Direktor der Initiative. „Das Geschäft ist gefährlich, weil ein Teil der Arzneimittel gefälscht ist und für die Konsumenten tödlich enden kann.“

Wie oft verschreibungspflichtige Medikamente im Internet illegal bestellt werden, lässt sich nicht seriös berechnen. Die Autoren des Berichts gehen anhand von Beispielen von einer hohen Nachfrage aus. So haben sie etwa eine niederländische Plattform für den illegalen Handel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten auf Telegram entdeckt, auf der innerhalb einer Woche im Oktober 30.000 Nachrichten ausgetauscht worden sind. Im Gegensatz zum Darkweb sind die Verkaufskanäle nicht versteckt, sondern für jeden Nutzer über die Suchfunktion sofort auffindbar.

Die Plattformen sind hochprofessionell aufgebaut und bieten ihren Kunden besonderen Service an, etwa eine Nachsendeverfolgung des Pakets, Lieferung innerhalb von 24 Stunden oder die Bezahlung über PayPal oder in Kryptowährung. Die Preise sind vergleichsweise niedrig und ähneln denen in der Apotheke. In Deutschland hoten etwa 21 Telegram-Verkaufskanäle das Medikament Oxycodon durchschnittlich für neun Euro pro Pille an, das Mittel Tramadol für 71 Cent, heißt es im Bericht. Oft konnten Hunderte, teils Tausende Stückzahlen auf einmal bestellt werden – mit Mengenrabatt.

Ein Teil der Medikamente befindet sich im Originalzustand und wurde etwa aus Apotheken gestohlen, andere sind gefälscht und stammen aus Indien oder China. Auch gibt es vereinzelte Berichte über illegale Produktionsstätten von Opioiden in Europa, unter anderem in Belgien, Deutschland, Lettland, Spanien und in den Niederlanden, heißt es im Bericht. Ein lukratives Geschäftsfeld für das organisierte Verbrechen, das bisher nur wenig Aufmerksamkeit erhält. Zur Frage, wer genau aus welchen Gründen die Arzneimittel online bestellt, gibt es nur wenig Daten. „Die sich an jüngere Nutzer richtenden Verkaufsplattformen und viele der bekannten Todesfälle deuten darauf hin, dass es sich häufig um Studenten oder junge Berufstätige handelt, die unter hohem Druck stehen“, sagt Brombacher. Auch sei es möglich, dass einige der Konsumenten zuvor in ärztlicher Behandlung gewesen sind und sich bei Telegram umgesehen haben, als sie vom Arzt keine Rezepte mehr bekommen haben. „Letztendlich sind die Bestellungen Ausdruck einer gestressten Gesellschaft.“

Weitere Ursachen sieht der Wissenschaftler in der Musikindustrie. „Gib mir Tilidin, ja, ich könnte was gebrauchen“, singt etwa der deutsche Rapper Capital Bra in seinem 2019 veröffentlichten Lied „Tilidin“. Gemeint ist ein stark schmerzstillendes Opioid, das normalerweise nach schweren Operationen oder bei Krebspatienten eingesetzt wird. „Es gibt auf Snapchat und TikTok unzählige Videos, in denen Menschen Drogen wie Tilidin anpreisen und vor der Kamera konsumieren“, sagt Brombacher. „Opiode sind Teil der Popkultur geworden.“

Der Trend kann jedoch zum Tod führen, wenn die gekauften Medikamente versehentlich überdosiert werden oder mit anderen gefährlichen Substanzen wie Nitazenen gestreckt sind. Ob die Verunreinigung durch kriminelle Netzwerke absichtlich oder unabsichtlich geschieht, ist nicht bekannt. „Aus ökonomischer Perspektive macht es keinen Sinn, die Kunden umzubringen und sich die Polizei auf den Hals zu hetzen“, sagt Brombacher. Eine Option könnte sein, dass die Händler hochwirksame Nitazene absichtlich hinzufügen, um den psychoaktiven Effekt des Medikaments mit wenig Aufwand zu steigern. Dabei dosieren sie aus Unkenntnis etwas zu stark. „Die Menge Nitazene, die auf die Spitze eines Kugelschreibers passt, reicht aus, um unter Umständen eine tödliche Überdosis auszulösen“, sagt Brombacher.

In Großbritannien und Irland sind in diesem und vergangenen Jahr Dutzende Menschen an kontaminierten Arzneimitteln gestorben. „Wir gehen auch in Deutschland von einer hohen Dunkelziffer aus“, sagt Brombacher. Dass diese den Behörden nicht offiziell bekannt sind, liegt unter anderem daran, dass in Deutschland nach Überdosierungen nur in 50 Prozent der Fälle eine Autopsie und noch seltener eine umfangreiche toxikologische Analyse durchgeführt wird.

Hinzu komme, dass sich die europäischen Strafverfolgungs- und Zollbehörden fast ausschließlich auf illegale Drogen wie Kokain konzentrierten und die Gefahren gefälschter Medikamente nicht ernst genug nähmen. Notwendig seien neben mehr Autopsien die toxikologischen Analysen die Überwachung von Social-Media-Kanälen und anhaltende Pilotstudien zu möglichen Verunreinigungen von Heroin und anderen Substanzen in unterschiedlichen Städten.

Widerstand gegen Rodung

Die Polizei hat ein von Aktivisten besetztes Waldstück in einem künftigen Freiburger Neubaugebiet geräumt. Dabei befreiten die Einsatzkräfte auch einen Menschen, der sich den Angaben nach in einer selbstgebaute unterirdischen Holzkonstruktion einbetonierte hatte. Die Polizei leitete laut Mitteilung gegen mindestens neun Personen Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, das Versammlungsverbot und das Landeswaldgesetz ein. Am Samstagabend hatte ein Polizeisprecher davon gesprochen, dass elf Menschen vorläufig festgenommen worden seien. Hintergrund sind Vorbereitungen für den neuen Stadtteil Die-

tenbach im Nordwesten der Universitätsstadt. Dafür müssen Bäume gerodet werden, was die Aktivisten verhindern wollen. Sie hatten vor geraumer Zeit unter anderem Baumhäuser gebaut und besetzt. Jedoch hatte die Stadt mit einer sogenannten Allgemeinverfügung einen Teil des Waldes gesperrt. Am Sonntag sollten der Stadt zufolge keine Bäume gerodet werden. Erst am Montag seien wieder Arbeiten geplant, hieß es.

Freiburg leidet wie andere Großstädte unter Wohnungsnot. In dem neuen Stadtteil sollen einmal 16.000 Menschen leben. Das Projekt hat Vorzeichencharakter – zum Spätesten im Februar war Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gekommen.



Hausruine im brandenburgischen Neuruppin: Vielen Landkreisen in Deutschland fehlt Geld für dringende Aufgaben

„Eine dramatische Situation, die es so noch nie gegeben hat“

Achim Brötzel, 61, ist seit September 2024 Präsident des Deutschen Landkreistags. Seit 2005 ist der CDU-Politiker Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises.

VON NIKOLAUS DOLL

WELT: Herr Brötzel, wie kritisch ist die Finanzlage der Kreise in Deutschland?

ACHIM BRÖTZEL: Der Landkreistag hat in diesem Jahr ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro für die Landkreise vorhergesagt. Das wäre eine noch nie dagewesene Größe. Insbesondere in unseren Sozialhaushalten reichen die Ansätze vielfach nicht aus. Die Kreise stehen deshalb vor einem Rekorddefizit – und das nicht, weil wir ein Einnahmeproblem hätten, sondern weil uns schlicht die gesetzlich verordneten Ausgaben erdrücken. Die Politik in Berlin diskutiert über Forderungen. Bei uns kommen hingegen die Rechnungen dafür an. Darüber gibt es dann nichts mehr zu diskutieren. Wir müssen unsere Pflichten schultern, beispielsweise Sozialleistungen auszahlen – und zwar ohne Verzug, zu hundert Prozent und egal, wie die eigene Kassenlage ist.

WELT: Wie viele der 294 Landkreise stehen vor leeren Kassen?

BRÖTZEL: Man kann sagen, vier von fünf bundesweit. Das ist eine wirklich dramatische Situation, die es so noch nie gegeben hat.

WELT: Wie viele Kreise stehen vor einer Überschuldung?

BRÖTZEL: Überschuldung würde in privatrechtlichen Kategorien Insolvenz bedeuten. Landkreise können aber nicht in Insolvenz gehen. Richtig ist jedoch, dass eine zunehmende Zahl selbst die Pflichtaufgaben nur noch erfüllen kann, indem Kassenkredite aufgenommen werden.

WELT: Droht, dass Landkreise unter Kommunalaufsicht gestellt werden, also nicht mehr selbstständig handeln können?

BRÖTZEL: Alle Kreise stehen unter Kommunalaufsicht. Das ist völlig normal. Die Länder müssen unsere Haushalte genehmigen und tun dies auch. Darin liegt ein besonderes Problem, denn sie sind uns gegenüber verpflichtet, eine finanzielle Mindestausstattung sicherzustellen. Eine Genehmigung defizitärer Haushalte ist daran gemessen der aus Landessicht bequemere Weg. In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise vom Land die Vorgabe an die Regierungspräsidenten, bei der Genehmigung der Haushalte die Defizite der Krankenhäuser offenbar einfach ausgeblendet werden. Im Grunde ist das eine Bankrotterklärung. Diese Defizite sind ja da. Das erinnert fast ein wenig an kleine Kinder: Ich hebe mir die Augen zu und glaube deshalb, dass ich dadurch selbst unsichtbar bin.

WELT: Warum tun diese Landesregierungen das?

BRÖTZEL: Damit die Landkreise überhaupt noch genehmigungsfähige Haushalte aufstellen können. In angespannten Zeiten braucht man Luft zum Atmen und Spielraum zum Handeln. Aber es zeigt eben auch sehr klar, wie ernst die Lage ist.

WELT: Sie hat sich seit 2022 deutlich verschlechtert, was sind die Ursachen dafür?

BRÖTZEL: Wir haben es in Deutschland nicht geschafft, nach der Corona-Pandemie wieder auf den Normalzustand umzuschalten. Während der Pandemie haben wir doch alle staunend gelernt, dass selbst eine Milliarde aus Staatsmitteln gefühlt allenfalls noch Kleingeld ist. Für alles und jedes war auf einmal Geld da. Diesem Irrglauben hängen wir noch heute nach. Probleme werden nicht mehr gelöst, sondern immer öfter nur noch mit Geld zugelegt. So etwas kann nur eine bestimmte Zeit lang funktionieren. Allein deswegen ist es extrem wichtig, dass eine neue Bundesregierung schonungslos Bilanz zieht, Kassensturz macht und ehrlich prüft, was wir uns eigentlich morgen und übermorgen überhaupt noch leisten können, was aber eben vielleicht auch nicht mehr geht.

WELT: Was bedeutet das Milliardenloch der Kreise für die Bürger?

BRÖTZEL: Wenn die Landkreise ihre Aufgaben irgendwann nicht mehr erfüllen können, also der Sozialstaat vor Ort ins Stocken gerät, führt das auf dem direkten Weg in die Ungerechtigkeit. Genau das müssen wir aber unbedingt vermeiden und deshalb alles dafür tun, dass wir handlungs- und leistungsfähig bleiben. Ein gutes Beispiel dafür ist das Bundesteilhabegesetz, also die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Dieses Gesetz ist gut gemeint, aber so nicht mehr umsetzbar. Irgendwann werden sich Leistungsträger und Leistungserbringer in diesem dichten Gestrüpp von bürokratischen Vorgaben nur noch mit sich selbst beschäftigen. Eigentlich ist dieses Gesetz ja dafür geschaffen worden, dass erstens mehr bei den Betroffenen ankommt, ohne dass zweitens die Kosten weiter steigen. Beide Ziele sind allerdings krachend verfehlt worden. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

WELT: Ist es nicht nachvollziehbar, dass umfassende Leistungen auch entsprechend verwaltet werden müssen?

BRÖTZEL: Das ziehe ich nicht in Zweifel. Unser Problem ist, dass wir, wenn wir hierzulande über Gerechtigkeit reden, automatisch immer Einzelfallgerechtigkeit meinen. Das ist ein typisch deutsches Phänomen. Es muss stets der ganz individuelle Fall betrachtet werden, und das bis zur mindestens vierten Stelle hinter dem Komma, damit ja alles stimmt. Das schafft aber nur Bürokratiemonster. Wir brauchen stattdessen deutlich einfachere Verfahren und pauschalere Lösungen. Ich könnte auch sagen: Wir brauchen den Mut und die Gelassenheit, auf die Stellen hinter dem Komma zu verzichten.

WELT: Fehlt es nicht auch an Sparanstrengungen in den Landkreisen?

BRÖTZEL: Alle Schrauben, an denen auf unserer Ebene gedreht werden kann, sind schon längst am Anschlag. Die Landkreise sind ausgepresst wie eine Zitrone. Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten momentan 14 Prozent der Steuereinnahmen und sollen damit 25 Prozent der Ausgaben bestreiten. So etwas kann auf Dauer nicht gut gehen. Wir brauchen deshalb dringend einen Systemwechsel. Eine grundständige, Aufgaben-angemessene Finanzierung. Oder kurz: das Geld, das nötig ist, um die staatlichen Aufgaben überhaupt erfüllen zu können.

Landkreistag-Präsident

Achim Brötzel meldet ein Rekorddefizit in vier von fünf Kreisen bundesweit.

Der CDU-Landrat sieht jetzt die Erfüllung staatlicher Pflichtaufgaben in Gefahr und fordert eine Kurskorrektur etwa in der Migrationspolitik und beim Bürgergeld



Achim Brötzel (CDU)

WELT: Wie soll ein solcher Systemwechsel aussehen?

BRÖTZEL: Bislang erhalten die Kommunen rund zwei Prozent von der Umsatzsteuer zugewiesen. Der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer muss sich von heute knapp 8,2 Milliarden Euro auf mindestens 17,5 Milliarden Euro erhöhen. Das wäre ein Befreiungsschlag, der dann zu Rückführungen zum Beispiel bei bestimmten Förderprogrammen führen könnte.

WELT: Die Kreise klagen, dass vor allem die Versorgung von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen finanziell kaum zu stemmen sei. Dabei war das bei der Migrationskrise 2015/16 doch auch machbar.

BRÖTZEL: Dieser Vergleich hinkt. Damals waren wir zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder mit großen Flüchtlingswellen konfrontiert. Seitdem kommen Jahr für Jahr Hunderttausende Menschen neu dazu. Allein in den letzten zehn Jahren hatten wir 2,8 Millionen Erstanträge auf Asyl. Und die 1,2 Millionen Ukrainer, die bei uns Schutz und Zuflucht gefunden haben, dürfen wir auch nicht vergessen. Das sind sich aufaddierende Zahlen. Der riesige Berg wird also auch bei sinkenden Neuzugangszahlen nicht etwa kleiner, sondern er wächst allenfalls langsamer. Selbst wenn unser Herz noch so weit ist, unsere Möglichkeiten sind endlich. Immer mehr geflüchtete Menschen übersteigen einfach unsere Kräfte, die vorhandene Infrastruktur, vor allem aber die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Hinzu kommt, dass wir insbesondere ab 2015 viele Ehrenamtliche hatten, die uns auf bewundernswerte Weise geholfen haben. Da wa-

ren viele dabei, die sich sonst vorher nicht ehrenamtlich engagiert haben. Diese Unterstützung wird aber zunehmend schwächer. Die Menschen sind erschöpft. Dafür muss der Staat dann einspringen.

WELT: Sollten Ukrainer Bürgergeld bekommen?

BRÖTZEL: Definitiv nicht. Diese Entscheidung war von Anfang an falsch. Wie soll ich denn beispielsweise einem Syrer gegenüber begründen, dass er weniger Unterstützung erhält als ein Ukrainer, der im Nachbarzimmer lebt? Beide sind vor demselben Kriegsverbrecher geflohen. Es wäre deshalb richtig, neu ankommenden Ukrainern so viel zu bezahlen wie anderen Kriegsflüchtlingen, und die Leistungen über die Bezahlkarte abzuwickeln.

WELT: Sie sagen, dass Sozialausgaben die Kreishaushalte besonders belasteten. Was halten Sie von der Ankündigung der Unionsparteien, das Bürgergeld reformieren zu wollen?

BRÖTZEL: Das ist überfällig. Beim Bürgergeld stand zuletzt das Fördern ganz oben. Das Fördern wurde hingegen deutlich abgeschwächt. Die Ampel-Koalition war zwar gerade dabei, das zu korrigieren. Das muss eine neue Regierung deshalb jetzt vordringlich angehen.

WELT: Sprechen Sie jetzt als Landrat, Präsident des Landkreistags oder als CDU-Politiker?

BRÖTZEL: Als Präsident des Landkreistags spreche ich für alle 294 Landkreise, parteiübergreifend. Aber das ist auch kein Widerspruch: Denn obwohl ich CDU-Mitglied bin, sehe ich mich nicht als Politiker, sondern als Verwaltungsbeamter. Politiker machen Gesetze, wir Landräte müssen sie anschließend umsetzen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Allerdings wäre gerade die Bundespolitik gut beraten, die kommunalen Vertreter bei Gesetzesvorhaben wieder sehr viel stärker einzubeziehen. Wir kennen doch die ganz praktischen Seiten der Medaille. Wir könnten meiner festen Überzeugung nach so vieles in Deutschland wesentlich besser machen, wenn kommunaler Sachverstand wieder mehr einbezogen würde. Mit Parteipolitik hat das bei mir im Übrigen gar nichts zu tun. Ich war als CDU-Mitglied 2005 zuerst von der SPD und dann von den Freien Wählern für das Amt des Landrats nominiert worden, erst dann von meiner eigenen Partei. Wir müssen insgesamt viel überparteilicher denken und handeln.

WELT: In gut elf Wochen ist Bundestagswahl. Woran muss die Union arbeiten, um gewinnen zu können?

BRÖTZEL: Ich würde mir generell von allen demokratischen Parteien wünschen, dass sie viel mehr miteinander in den Dialog treten und das Gemeinsame suchen. Tatsächlich erlebe ich in der Bundespolitik oft, dass eher die Abgrenzung als der gemeinsame Wille zur Problemlösung betont wird. Das hilft dem Land nicht. Nötig wäre es zudem, in der Politik wieder sehr viel mehr praktischen Sachverstand einzubringen. Davon gibt es auf der kommunalen Ebene wirklich sehr viel. Dass wir die verschiedenen Flüchtlingswellen und nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie so gut bewältigt haben, war die Leistung der Landkreise, Städte und Gemeinden. Was Bund und Länder in der Pandemie dazu beigetragen haben, war meiner Wahrnehmung nach in weiten Teilen hingegen bestenfalls nicht schädlich.